

## Medienmitteilung

Thema	Parolen für die Abstimmung vom 22. September 2013
Für Rückfragen	Thomas Maier, Parteipräsident, 078 652 06 50
Absender	Grünliberale Partei Kanton Zürich Tel. +41 44 701 24 00, E-Mail <a href="mailto:zh@grunliberale.ch">zh@grunliberale.ch</a> <a href="http://www.zh.grunliberale.ch">www.zh.grunliberale.ch</a>
Datum	06. August 2013

**Der kantonale Vorstand hat an seiner letzten Sitzung die Parolen zu den Vorlagen vom 22. September 2013 gefasst. Die Grünliberalen empfehlen ein JA zur kantonalen Volksinitiative «für mehr Demokratie». Ausserdem spricht sich die glp gegen die nationale Aufhebung der Wehrpflicht aus. Die glp befürwortet die Anpassung des Epidemiengesetzes und spricht sich für die Revision des Arbeitsgesetzes aus.**

Die Grünliberalen setzen sich für eine gesellschaftsliberale Haltung, einen nachhaltigen Föderalismus und eine Stärkung der Gemeindeautonomie ein. Bei der Abstimmung zur Volksinitiative «für mehr Demokratie» steht primär die Stärkung des Föderalismus im Fokus. Die einzelnen Zürcher Gemeinden haben bei einer Annahme der Initiative die Möglichkeit, ihrer ausländischen Bevölkerung das Stimm- und Wahlrecht zu erteilen, sofern dies die Stimmberechtigten der jeweiligen Gemeinde so beschliessen. Diese Initiative bedeutet somit kein automatisches Ausländerstimmrecht, sondern die Erweiterung der Gemeindeautonomie. Die Grünliberalen empfehlen den Stimmberechtigten den Gemeinden dieses zusätzliche Recht einzuräumen.

Bei den eidgenössischen Vorlagen folgen die Grünliberalen den Empfehlungen der nationalen Partei.

Für die Grünliberalen geht die Volksinitiative zur Aufhebung der Wehrpflicht zu weit. Bei einer akuten Bedrohungslage soll weiterhin die Möglichkeit einer Militärdienstpflicht bestehen. Zudem ist zu bedenken, dass bei einer ungenügenden Anzahl Freiwilliger die Gefahr einer schleichenden Einführung einer Berufsarmee besteht. Eine Berufsarmee würde aber, neben anderen Nachteilen, mit grosser Wahrscheinlichkeit zu hohen Mehrkosten bei der Landesverteidigung führen. Als Alternative befürworten die Grünliberalen eine allgemeine Dienstpflicht mit einer Wahlfreiheit zwischen Armee, Bevölkerungsschutz oder Zivildienst.

Des Weiteren spricht sich die glp für die Revision des Epidemiengesetzes aus. Das neue Gesetz bringt eine verbesserte Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen. Das in der Kritik stehende Impfblogatorium gab es auch schon beim alten Gesetz; es wird neu einfach genauer umschrieben und eingeschränkt. Zudem ist ein Obligatorium nicht mit einem Impfwang gleichzusetzen. Auch mit dem neuen Gesetz wird niemand zu einer Impfung gezwungen. Beispielsweise kann im Gesundheitswesen nicht geimpftes Personal auf einer anderen Abteilung eingesetzt werden.

Die glp befürwortet die Änderung des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel einstimmig. Es macht keinen Sinn, dass Tankstellenshops, die nachts sowieso geöffnet haben, einen Teil ihres Sortiments wegsperren müssen. Die Grünliberalen gingen gerne noch weiter und begrüssen eine noch liberalere Lösung. So setzt sich die glp für eine Lockerung des Sonntagsverkaufsverbots für kleinere familiengeführte Quartier- und Dorfläden ein. Dies würde Quartier- und Dorfläden gleiche Spiesse im Wettbewerb geben und viele Autofahrten unnötig machen.